STADT AARAU

Stadtrat
Rathausgasse 1
5000 Aarau

T 062 836 01 80
E stadtrat@aarau.ch
www.aarau.ch

Aarau, 19. Februar 2018
GV 2018 - 2021 / 7

Beantwortung einer Anfrage

Eva Schaffner (SP), Lukas Häusermann, Barbara Schönberg, Peter Roschi (alle CVP), Petra Ohnsorg (Grüne): Die No Billag-Initiative und die Konsequenzen für die Stadt Aarau

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 2. Februar 2018 reichten die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte Eva Schaffner (SP), Lukas Häusermann, Barbara Schönberg, Peter Roschi (alle CVP) und Petra Ohnsorg (Grüne) eine Anfrage zur No Billag-Initiative und die Konsequenzen für die Stadt Aarau ein.

Die Anfrage kann wie folgt beantwortet werden:

Frage 1: *Die eidgenössische Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) lehnt die No Billag-Initiative ab, ebenso der Aargauische Gewerbeverband, etliche kantonale Parteien (FDP, CVP, BDP, SP, Grüne, GLP) und die Gewerkschaften. Wie steht der Stadtrat zur "No-Billag"-Initiative?*

Der Stadtrat nimmt grundsätzlich keine Stellung zu nationalen Abstimmungsvorlagen.

Frage 2: *Wie viele Arbeitsplätze sind durch eine Annahme der No Billag-Initiative in der Stadt Aarau bedroht?*

In der Stadt Aarau sind von der Initiative unmittelbar die Regionalredaktion Aargau Solothurn der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), der Fernsehsender Tele M1 und der Radiosender Kanal K betroffen. Der Radiosender Argovia erhält keine Gebührengelder und wird ausschliesslich durch Werbung finanziert.

Die Informationsabteilung Radio der SRG betreibt an der Bahnhofstrasse 88 in Aarau die Regionalredaktion Aargau Solothurn, welche unter anderem die Radiosendung "Regionaljournal Aargau Solothurn" auf Radio SRF 1 produziert. Die Regionalredaktion liefert zudem regionale Inhalte an andere SRF-Radiosender (SRF 1, SRF 2 Kultur, SRF 3, SRF Musikwelle, SRF 4 News) für Formate wie "Echo der Zeit", "Rendez-vous" oder die Nachrichten. Zudem ist die Redaktion für regionale News und Hintergründe online unter srf.ch verantwortlich. Die Regionaldirektion beschäftigt im Regionalstudio in Aarau insgesamt 25 Personen und bietet Arbeitsplätze im Bereich Redaktion (Journalismus), Technik und Administration. Zusätzlich hat die SRG (Informationsabteilung Fern-

sehen) am Standort Aarau zwei Korrespondenten für die Region Aargau Solothurn stationiert. Diese produzieren Bildmaterial und TV-Beiträge mit regionalen Themen für die Informationssendungen "Schweiz aktuell", "Tagesschau" und "10vor10". Die SRG (Radio und Fernsehen) beschäftigt damit am Standort Aarau insgesamt 27 Personen. Eine Annahme der Initiative entzieht der SRG 75 Prozent der Einnahmen (Gebühren) und damit die Basis für die Erfüllung des aktuellen Leistungsauftrages. Gemäss Aussagen der SRG-Geschäftsleitung würde das Unternehmen bei einer Annahme der Initiative geordnet liquidiert. Davon wären auch das Regionalstudio Aarau und alle hier beschäftigten Mitarbeitenden betroffen. Indirekt gefährdet sind auch Arbeitsplätze bei Drittfirmen: 2016 hat die SRG bei 40 Lieferantinnen und Lieferanten in der Stadt Aarau Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 500'000 Franken bezogen. Diese Leistungen gegenüber Dritten würden bei einem Ja zur Initiative ebenfalls wegfallen.

Durch die Radio- und Fernsehgebühren werden in der Region Aarau ebenfalls der Fernsehsender Tele M1 und der Radiosender Kanal K unterstützt. Der Fernsehsender Tele M1 hat seinen Hauptsitz an der Neumattstrasse 1 und beschäftigt 36 Personen. Der Fernsehsender wird jährlich durch Gebühren in der Höhe von rund 3 Mio. Franken unterstützt. Der Radiosender Kanal K hat seinen Hauptsitz an der Rohrerstrasse 20 und beschäftigt 10 Personen. Der Radiosender hat ein Budget von 865'000 Franken und wir jährlich durch Gebühren in der Höhe von rund 560'00 Franken unterstützt. Für beiden Firmen ist die kommende Abstimmung ebenfalls von existenzieller Bedeutung. Der Wegfall der Gebühren könnte durch andere Finanzierungsquellen nicht im genügenden Masse ersetzt werden.

Frage 3: *Was gedenkt der Stadtrat zu tun, um den Verlust der Arbeitsplätze abzuwenden?*

Bei einer Annahme der Initiative sind Tele M1, das Regionaljournal Aargau Solothurn und Kanal K bedroht, die je für unterschiedliche Bereiche wichtige Informationsfunktionen übernehmen. Der Radiosender Kanal K wurde von der Stadt Aarau bis zum letzten Jahr mit einem Betrag von 5'000 Franken unterstützt. Für diese Jahr ist eine Erhöhung auf 8'000 Franken vorgesehen. Eine Annahme der Initiative würde dazu führen, dass die genannten Radio- und Fernsehsender in der heutigen Form nicht mehr existieren könnten und dass sie vermutlich höhere Unterstützungsbeiträge durch die Stadt Aarau fordern würden. Das Schweizer Stimmvolk wird am 4. März 2018 über die Volksinitiative abstimmen. Da es sich um eine Vorlage auf Bundesebene handelt, wird sich der Stadtrat nicht aktiv im Abstimmungskampf engagieren.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Stadtrats

Dr. Hanspeter Hilfiker	Daniel Roth
Stadtpräsident	Stadtschreiber

Die Beantwortung dieser Anfrage verursachte Kosten von 875 Franken.